

AB 8 m) Demokratisierung - Parteien - Analyse von Berichten über Versammlungen in der Gründungsphase (4 Auszüge)

M 1: Demokratische Volkspartei Ulm

Nachdem die Militärregierung dem Antrag zur Gründung einer demokratischen Volkspartei in Ulm entsprochen und die Genehmigung hierzu erteilt hat, fand am Samstag, 15. Dezember 1945, im Ratskeller zu Ulm die Gründungsversammlung der „Demokratischen Volkspartei Ulm“ statt.

Rechtsanwalt Dr. jur. Hahn, der die Versammlung eröffnete und leitete, sprach vor etwa 60 geladenen Ulmer Einwohnern, die sich für die Gründung einer Demokratischen Volkspartei in Ulm ausgesprochen hatten, in knappen, eindrucksvollen Ausführungen über die Richtlinien der Partei. Nach seinen Ausführungen will die Partei die Vereinigung aller freiheitlich, fortschrittlich, sozial und vaterländisch gesinnten deutschen Männer und Frauen. Ziel sei die Erneuerung des öffentlichen Lebens in Deutschland auf der Grundlage der Selbstregierung und Selbstverwaltung, die Wiederaufrichtung eines freien, gerechten und unabhängigen Staatswesens auf der Grundlage der vollen Gleichberechtigung aller Staatsbürger und die Schaffung eines sozialen Volks- und Rechtsstaates unter Ablehnung jeglichen Rassen- und Klassenhasses. Zur Erreichung dieses Ziels müsse die durch das nationalsozialistische Regime, seinen Zusammenbruch und die dadurch entstandene Not und innere Verwilderung überwunden werden. Dies sei nur möglich durch eine geistige und sittliche Erneuerung der Volksgesinnung und durch Aufbietung aller wertvollen persönlichen und wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes. Pflichtbewußtsein und Arbeitsfreude müssen wieder im ganzen Volke einkehren. (...) Die Partei fordere die Wiederherstellung der Menschenwürde und unveräußerlichen Menschenrechte, das ist die Freiheit in allen geistigen Belangen: Freiheit der persönlichen Ueberzeugung und ihrer Aeußerung in Fragen der Moral, der Religion und der Politik; Gewissensfreiheit, Freiheit der Wissenschaft, der Lehre, der Rede, der Presse, der Versammlung und des Vereinswesens. Zur Entfaltung aller im Volke ruhenden Kräfte und Fähigkeiten habe an die Stelle der gelenkten Wirtschaft eine vom Staat geschützte freie Wirtschaft und Wahrung des Grundsatzes sozialer Gerechtigkeit und Anerkennung des Privateigentums zu treten. Richtschnur sei das Volkwohl und nicht Interessenpolitik.

Weiter fordere die demokratische Volkspartei Pflege und Förderung des geistigen und kulturellen Lebens. Schule und Bildungswesen seien deshalb ihre erste Sorge. Sie anerkenne die von den Kirchen ausgehenden sittlichen und religiösen Kräfte für das Volk unter Vermeidung einseitiger konfessioneller oder kirchlicher Parteienbildung und trete ein für eine von den Werten des Christentums getragene Gemeinschaftsschule.

Schwäbische Donauzeitung v. 9.1.1946 (StadtA Ulm, G 5 / 63)

M 2: Christlich-Soziale Volkspartei

Die Christlich-Soziale Volkspartei hielt am Sonntag in den Ulmer Lichtspielen ihre erste öffentliche Versammlung ab, die sehr gut besucht war. (...) In einem politischen Rückblick zeigt er [d.h. Wirtschaftsminister Andre] die Gründe für unser Chaos. Bewußte Kriegsvorbereitung, barbarische Mißhandlung der Menschen und konsequenter Gebrauch der Lüge als politisches Mittel durch die „Hitlers“, haben Deutschland in der ganzen Welt verhaßt gemacht. Die „Hitlerei“ verschmähte es auch, für Deutschland eine ähnliche Chance, wie es der November 1918 gewesen war, zu suchen. Sie hatte es lieber, daß 10 Millionen deutsche Soldaten bedingungslos kapitulierten, daß Städte und Dörfer zertrümmert wurden, auch als die deutsche Niederlage schon lange offenkundig war. All das aber war nur möglich, weil die „Hitlerei“ den Volkswillen terrorisierten und jede regulierende Kritik in Deutschland unmöglich machte. Lebensmittel! Bekleidung! Wohnraum! Energieversorgung! Stabilisierung der Mark! Sind die angstvollen, fordernden Rufe des deutschen Volkes. Die drängenden Nöte erlauben es nicht, langatmige politische Programme zu entwerfen. Wir müssen die uns gestellten Aufgaben ohne Zögern zu lösen suchen. Der „Drei-Länderrat“ nützt die wirtschaftlichen Ausgleichsmöglichkeiten innerhalb der amerikanischen Zone voll aus. Die Getreidevorräte reichen in Württemberg bis Ende April. In den anderen Ländern reichen sie nicht einmal solange aus. Aber Danke der zugesicherten amerikanischen Lieferungen (im Januar 120 000 Tonnen, im Februar 150 000 Tonnen) wird der Bedarf an Getreide in der amerikanischen Zone bis zur nächsten Ernte gesichert sein. Um die amerikanischen Lieferungen vergüten zu können, muß eine Exportartikelindustrie auf- und ausgebaut werden. Neben Lebensmitteln tauschen wir für unsere Exportartikel vor allem Rohstoffe ein. (...) Danach nahm der Minister zu den für das öffentliche Leben bedeutsamen Fragen des Rechtes und der Sozialreformen Stellung. - Gleiches Recht für alle – ist ein wesentlicher Grundsatz aller soliden Staatsgefüge. „Parteirecht“ und „Parteigerichte“ darf es in keiner Form mehr geben. Das soziale Problem wird durch soziale Einrichtungen, vor allem aber durch tätige christliche Menschlichkeit gelöst. (...)

Schwäbische Donauzeitung v. 9.1.1946 (StadtA Ulm, G 5 / 63)

M 3: Kundgebung der Ulmer Sozialdemokraten

Als erste der Parteien hielt die Ulmer Sozialdemokratie am letzten Sonntagnachmittag im dichtbesetzten Speisesaal der Firma Käßbohrer eine erste Kundgebung ab. (...) Die oft von Beifall unterbrochene Hauptrede hielt der erste Vorsitzende, Beiratsmitglied J. Weißer, der scharfe Abrechnung mit dem verbrecherischen Nazi-Regime hielt und die entsetzlichen Folgen von Krieg und Niederlage zeigte. Die Fehler der ersten Republik müßten beim Auf- und Ausbau der zweiten demokratischen Republik vermieden werden. Das sei nur möglich über die vollkommene Entnazifizierung der Verwaltung, der Wirtschaft und des Kulturlebens. Der Redner glossierte das feige Verhalten der Nazis, die angesichts des Trümmerhaufens in Deutschland, den Deutschland heute darstellt, es nicht mehr sein möchten. Die sozialdemokratische Partei sei jedoch entschlossen, sich dadurch nicht beirren zu lassen, sie werde sich vielmehr an das einzig wahre Nazi-Wort, daß es keinen November 1918 mehr gäbe, halten. Das beziehe sich nicht nur auf das Ausmaß der Niederlage und seine Folgen, sondern auch auf die völlige Ausmerzung aller reaktionären Einflüsse und Tendenzen, wo immer sie sich zeigen mögen. Ganz besonders geißelte der Redner auch die folgenschwere Instinktlosigkeit der deutschen sogenannten Intelligenz und des Bürgertums von 1933. Der Wiederaufbau Deutschlands sei angesichts der ungeheuren Verwüstungen eine Aufgabe von Jahrzehnten, der aber infolge seines Umfanges unmöglich mit hergebrachten Methoden und Mitteln bewältigt werden könne. Es müßten neue Wege und Mittel besprochen werden, die nur sozialistische sein könnten. Das deutsche Volk könne sich nur wieder emporarbeiten, wenn es vollkommen und in jeder Hinsicht mit der Vergangenheit breche. Aufgabe der lebendigen demokratischen Kräfte sei es, den Zusammenbruch zu einer wirklichen Revolution umzugestalten, was 1918 versäumt worden sei. Der Redner erklärte ferner, daß die Nazis zu den durch Krieg und Niederlage bedingten Lasten in verstärktem Maße herangezogen werden müßten.

Schwäbische Donauzeitung v. 21.11.1945 (StadtA Ulm, G 5 / 63)

Arbeitsanregungen:

Untersuche, wie sich die verschiedenen Parteien zur überwundenen NS-Herrschaft und zur Denazifizierung stellen.

Welche politischen Themen stehen für die Parteien jeweils im Vordergrund?

Arbeite, soweit in dieser frühen Gründungsphase möglich, einige Kernpositionen der jeweiligen Parteien heraus.

Bestimme, soweit möglich, die Position der Parteien auf einer politischen Links-rechts-Skala.

M 4: Erste Versammlung der kommunistischen Partei

Als Redner war der ehemalige komm. Reichstagsabgeordnete Albert Buchmann, der jetzige Direktor im Württemb. Innenministerium gewonnen worden. (...) Hier sprach zu uns ein Mann, der furchtlos und treu zur Sache des Sozialismus und der Demokratie stand. In gründlicher und sachlicher Art behandelte der Redner die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte, mit all den Irrungen und Wirrungen, die zur Herrschaft Hitlers geführt haben. Er zeigte, daß die Schuld der deutschen Arbeiterschaft darin bestand, nicht einig gewesen zu sein, als die Stunde der Bewährung schlug, und zog die Folgerung, daß in der Zukunft die beiden Arbeiterparteien gemeinsam kämpfen müssen, wenn wir aus dem Chaos herauskommen wollen. Wir dürfen vor den Schwierigkeiten nicht kapitulieren. Ein gutes Beispiel bieten die Arbeitsausschüsse, die vielerorts existieren, und zum Wohle der Bevölkerung kostbare Arbeit leisten, ohne dabei auf Parteizugehörigkeit zu sehen. (...) Über die Entnazifizierung sagte der Redner, daß jetzt wieder das Wort umgehe: Die Kleinen hängt man und die Großen läßt man laufen. Eine Entnazifizierung ist nur wirksam, wenn diesmal die Wurzel des Übels beseitigt wird. „Wir haben es in Stuttgart und anderwärts schon beantragt, daß neben der allgemeinen Entnazifizierung auch die Entnazifizierungsausschüsse entnazifiziert werden müssen. (...) Genosse Buchmann behandelte in seinem Referat alle Gebiete des heutigen Lebens, Gewerkschaften, Betriebsräte, die Nöte der Bevölkerung in Stadt und Land, die Notwendigkeit der Demokratisierung auf allen Gebieten. In feiner Form wies er auf den zum Teil noch sehr konservativen Geist auf manchen Aemtern hin. (...) Demokratie bedeute das Vertrauen der breiten Volksmassen zu seinen Behörden. (...) Besonderes Augenmerk richtete der Redner auf die Frauen und die Jugendlichen. Hier ist noch viel zu tun. Die Frauen haben durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie dem Manne gleichwertig und gleichberechtigt sind; der Jugend müssen wir wieder Entwicklungs- und Lebensmöglichkeiten schaffen. Nicht kommandieren, sondern den rechten Weg zeigen.

Schwäbische Donauzeitung v. 12.12.1945 (StadtA Ulm, G 5 / 63)